



## VERWALTUNGSREFORMEN DIE GEISELNAHME IN BESLAN

■ ANALYSE		
	Reformen des öffentlichen Sektors in Russland im Jahre 2004	
	Stefanie Harter, Moskau	2
■ TABELLEN UND GRAPHIKEN ZUM TEXT		
	Zielvorgaben der russischen Politik, August 2004	5
	Staatsbeschäftigte als Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Ein internationaler Vergleich	6
	Der Aufbau der föderalen Exekutive im Sommer 2004	7
■ KOMMENTAR		
	Nordkaukasus: Keine politische Lösung. Hans-Henning Schröder, Bremen	8
■ UMFRAGE		
	Die öffentliche Meinung in Moskau zu der Geisellaffären 2002 und 2004	9
■ CHRONIK		
	Die Geiselnahme in Beslan, 1.–3. September 2004	11
■ DOKUMENTATION		
	Fernsehansprache von Wladimir Putin, 4. September 2004	14
■ CHRONIK		
	Vom 1. bis zum 9. September 2004	16

## Analyse

# Reformen des öffentlichen Sektors in Russland im Jahr 2004

Stefanie Harter, Delegation der Europäischen Kommission, Moskau

## Zusammenfassung

Der russische Staatsapparat bedarf dringend der Reform. Denn die Implementierung weiterer Wirtschafts- und Sozialreformen droht an der begrenzten Umsetzungsfähigkeit des Staatsapparates zu scheitern. Nach den Wahlen 2003 und 2004 werden nun endlich die fälligen Reformen eingeleitet. Im ersten Schritt werden die Ministerien reorganisiert und umstrukturiert, die Apparate auf regionaler Ebene sollen folgen. Ein neues Gesetz über den öffentlichen Dienst regelt den Status der Beamten neu, ihre Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten. Die Verwaltungsreform und die Reform des öffentlichen Dienstes werden von einer mittelfristigen, ergebnisorientierten Finanzplanung flankiert, die staatliche Politik und Verwaltung transparent, effizient und leistungsorientiert machen sollen.

## Die Defizite des russischen Staatsapparats

Etwa 1,84 Millionen Beamte sind damit beschäftigt, den russischen Staat zu verwalten – und etwa 540.000 davon in Moskau. Die Zahl der Beamten ist seit 1992 gestiegen, insbesondere in den Regionen. Neue – der Marktwirtschaft angepasste – Institutionen, wie Steuerbehörden, Arbeitsämter, Migrationsämter usw. mussten eingerichtet werden. Doch der Ausbau des Apparats hat ihn nicht leistungsfähiger gemacht. Effizienz und Effektivität des russischen Staatsapparates, die Qualität der von ihm erbrachten Dienstleistungen, sind niedrig, der Reformbedarf ist hoch. Denn die Implementierung weiterer Wirtschafts- und Sozialreformen droht an der begrenzten Umsetzungsfähigkeit des Staatsapparates zu scheitern. Die fehlende Tradition einer gut ausgebildeten und rechenschaftspflichtigen Beamtenschaft, der hohe Dezentalisierungsgrad erschweren den Reformprozess ebenso, wie das Fehlen kompetenter, politisch unabhängiger hoher Beamter.

## Das Reformkonzept Gref's

Bereits im Jahr 2000 hat das Zentrum für strategische Studien („Grefzentrum“) Empfehlungen zu einer Staatsreform ausgearbeitet. Im August 2001 wurde ein Konzept zur Reform des öffentlichen Sektors ausgearbeitet, auf dessen Basis im November 2002 ein „Föderales Programm zur Reform des öffentlichen Sektors der Russischen Föderation 2003–2005“ aufgelegt und per Präsidialdekret in Kraft gesetzt wurde.

Das „Programm“ analysiert zunächst die Schwachstellen der russischen Verwaltung, des Beamtenapparates und des öffentlichen Finanzgebarens: Schlecht bezahlte und teilweise schlecht ausgebildete Beamte sind unmotiviert, bisweilen korrupt und liegen in ihren Leistungen weit unter den Anforderungen. Das Anse-

hen des Staatsapparates in der Bevölkerung ist niedrig, was die Rekrutierung gut ausgebildeter und motivierter Mitarbeiter erschwert. Die Aktivitäten des Staates sind unzureichend festgelegt, definiert und damit messbar, und werden von der Bevölkerung kaum kontrolliert. Moralische Standards und ideologische Kontrollen, die das Verhalten von Staat und Beamten zu Zeiten der Sowjetunion reguliert haben und eine gewisse Handhabe gegen Amtsmissbrauch, Korruption und Willkür boten, greifen nicht mehr. Die Ressourcenausstattung des öffentlichen Sektors ist niedrig.

Abhilfe will das „Programm“ durch ein Maßnahmenpaket schaffen, das die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und methodischen Rahmenbedingungen des öffentlichen Sektors verbessern will. Auf dieser Grundlage soll der öffentliche Sektor Russlands reformiert werden.

## März–Juli 2004:

### die Reformen kommen in Gang

Die Parlamentswahlen im Dezember 2003 und die Präsidentschaftswahlen im März 2004 stärkten die Position Putins und verschafften den Reformbemühungen Raum. Folgerichtig führte Premierminister Fradkow die Verwaltungsreformen als eine der fünf Hauptaufgaben seines Kabinetts auf. Die Reformen, die nun im März 2004 mit Rigorosität und hohem Tempo – das naturgemäß Schwierigkeiten hervorrief – vorangetrieben wurden, bestehen aus drei Komponenten, die eng miteinander verzahnt sind: die Verwaltungsreform, die Reform des öffentlichen Dienstes, und die Reform des Staatshaushaltes. Staatliche Politik und Verwaltung sollen transparent und extern rechenschaftspflichtig, auf Resultate orientiert und auf die Umsetzung staatlicher Ziele gerichtet sein.

Politisch unterstützt werden die Reformen von zwei Gruppen: zum einen von den Anhängern eines „starken Staates“, die eine Stärkung zentraler Kontrolle und innerer Disziplin befürworten, und die den Staat in die Lage versetzen wollen, eine Struktur- und Sozialpolitik durchzusetzen, die dem Regime die nachhaltige Unterstützung der Bevölkerung sichert. Zum anderen werden die Reformen von „Technokraten“ vorangetrieben, die die Effizienz und Effektivität des öffentlichen Sektors erhöhen wollen, indem sie sich überschneidende Strukturen eliminieren, Korruptionsmöglichkeiten einschränken und klare interne Verantwortlichkeiten zuweisen wollen. Gegenwärtig verbindet beide Gruppierungen die Auffassung, dass eine Reform unausweichlich ist, und dass nur ein reformierter öffentlicher Sektor in der Lage ist, die hochgesteckten, vom Präsidenten vorgegebenen wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Es besteht allerdings kein Zweifel, dass die Reformvorhaben angesichts der Komplexität und Gleichzeitigkeit jedoch riskant und schwierig umzusetzen sind.

Noch im Juli 2004 wurde unter dem Vorsitz von Dmitrij Medwedjew, dem Chef der Präsidentialadministration, eine konsolidierte Kommission eingesetzt, die für die Reformen verantwortlich zeichnet. Sie ist direkt dem Präsidenten unterstellt und als permanentes Konsultativorgan mit der Aufgabe betraut, die verschiedenen Reformstränge zu koordinieren. Die Tatsache, dass sich Präsident Putin persönlich in regelmäßigen Abständen und vor wichtigen Regierungssitzungen den Reformfortschritt des Staatshaushaltes und der Verwaltungsreformen abfragt, macht deutlich, dass die Veränderungen unumkehrbar sind und von höchster Ebene mitgetragen werden.

### Die Mechanik der Reform

Eine erste Funktionsanalyse und -bewertung des föderalen Staatsapparates ergab, dass etwa 1.200 staatliche Funktionen suboptimal verteilt sind und damit entweder abgeschafft, dezentralisiert, privatisiert oder an andere Träger abgegeben werden können. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis wurde im Rahmen der Verwaltungsreform im März 2004 – mit einer Nachbesserung im Mai – die Anzahl der Ministerien von 23 auf 15 reduziert. Parallel wurde die Anzahl der nachgeordneten Behörden von insgesamt von 54 auf 75 erhöht. Die neue Struktur besteht nun aus Ministerien, die eine Strategie und die Finanz- und Personalplanung ausarbeiten und für die Erarbeitung von Gesetzen zuständig sind, aus Diensten (*sluschby*), die die Politikimplementierung kontrollieren, und aus Agenturen (*agenstwa*), die die Politikvorgaben umsetzen, Staatseigentum verwalten und staatliche Dienstleistungen

erbringen sollen. Dienste und Agenturen sind jeweils einem Ministerium unterstellt. Ausnahme von dieser Regel stellen acht Föderale Dienste und Agenturen (u.a. für Atomenergie, Finanzmärkte, Antimonopol, Raumfahrtagentur) dar, die unmittelbar dem Premierminister zugeordnet sind. Dieser ist außerdem für 10 Ministerien mit 15 Diensten und 22 Agenturen verantwortlich. Dem Präsidenten unterstehen neben der Präsidentialverwaltung seinerseits direkt weitere fünf Ministerien, 11 Dienste und 3 Agenturen. ( Siehe Grafik auf Seite 7)

Um die internen Verantwortlichkeiten und die Wirksamkeitsorientierung zu stärken, wurde die Anzahl der stellvertretenden Minister pro Ministerium von 16–18 auf zwei gesenkt. Entsprechend hat sich auch das neue Ministerkabinett von 31 auf 18 Mitglieder verkleinert. Der Regierungsapparat, unter der Leitung von Dmitrij Kosak, soll wesentlich verkleinert, die Rolle des Regierungsekretariats verstärkt werden.

Im Regierungsprogramm von Premierminister Fradkow vom 28. Juli 2004 ist der Aufgabenkatalog im Bereich der Reform des öffentlichen Sektors eindeutig: Bis zum nächsten Jahr müssen sämtliche Funktionen innerhalb des föderalen Apparates entweder dezentralisiert, privatisiert oder eliminiert sein, die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen föderalen Ministerien, ihren Diensten und Agenturen eindeutig festgelegt, Verwaltungsrichtlinien für die Organe der Exekutive ausgearbeitet und ihre Befugnisse klar geregelt sein. Weiterhin ist die Einführung von Verordnungen, die den elektronischen Amtsablauf regulieren vorgesehen und ein System für den elektronischen Dokumentenumlauf zu erstellen. Für die territorialen Organe der Exekutive will man eine einheitliche Ordnung für deren Einrichtung, Tätigkeit und Auflösung zu schaffen. Kontrollvollmachten müssen verteilt und rechtlich fixiert werden.

### Die ersten Ergebnisse

Bislang werden die Verwaltungsreformen auf föderaler Ebene durchgeführt. Lediglich in einer Reihe von Pilotregionen (u.a. Tschuwaschien, Samara, Saratow, Krasnojarsk) werden ebenfalls Verwaltungsreformen vorangetrieben. Von einer landesweit koordinierten Vorgehensweise kann zum jetzigen Zeitpunkt kaum die Rede sein, allerdings wächst auch auf der Subjektebene die Erkenntnis, dass sich mittelfristig wesentliche Einschnitte in Struktur, Funktionsweise, finanzieller Ausstattung, und Personal nicht vermeiden lassen werden. Wegweisend bei der Umsetzung der Reformschritte ist das Ministerium für Wirtschaftliche Entwicklung und Handel (MERT). Das (neu

gegründete) Ministerium für Gesundheit und Soziale Entwicklung ist bislang verantwortlich für einen wesentlichen Teil der Reformen des öffentlichen Dienstes, da die ursprünglich dafür zuständige Abteilung beim (nun aufgelösten) Arbeitsministerium aufgehängt war und in das neue Ministerium überführt wurde. Die Präsidialverwaltung wurde ebenfalls umstrukturiert und hat eine neue Abteilung erhalten, die sich mit der Koordination des öffentlichen Dienst befasst.

Für eine Reihe von Ministerien, Diensten und Agenturen wurde noch keine Rechtsgrundlage formuliert, die die institutioneninterne Aufgabenverteilung, Verantwortlichkeiten und Finanzierung regelt. Dieses Versäumnis ist u.a. der Grund, dass die Beziehungen der einzelnen Institutionen untereinander ungeklärt sind. Wenig überraschend ist daher auch, dass angesichts weitreichender personeller Einschnitte und unsicherer Rechtslage, Teile des Staatsapparates im Frühjahr zeitweilig nicht operationsfähig waren oder noch immer nicht sind.

Ein Gesetz, das den Zugang zu Informationen regelt, ist seit geraumer Zeit in Bearbeitung. Transparenz öffentlicher Entscheidungen und der Zugang der Bürger und Unternehmen zu öffentlichen Dokumenten, und zwar ohne Angabe von Gründen, sind zwei wesentliche Bausteine, die Standards staatlicher Dienstleistungen festzulegen. Im Juli 2004 wurden die Einzelheiten zum Gesetzesentwurf bekannt: Zwar soll der Zugang zu Informationen erleichtert werden, allerdings muss dafür ein (bislang noch ungeklärter) Preis entrichtet werden.

### Das neue Gesetz „Über den öffentlichen Dienst“

Ungeachtet der noch nicht klar definierten Aufgaben und Funktionen wird der Personalbestand in den föderalen Strukturen reduziert; im Durchschnitt um etwa 20 Prozent. Diese Kürzung erlaubt es, die Gehälter der verbleibenden Beamten wesentlich zu erhöhen. Gleichzeitig wird der öffentliche Dienst reformiert, um die Verwaltungsreformen mit den notwendigen Verhaltensänderungen der Beamtenschaft, welche für die Umsetzung der Reformen letztendlich verantwortlich sind, zu unterfüttern. Für Ausbildung, Umschulung und Weiterbildungsmaßnahmen wurden für den Zeitraum des Reformprogramms bis 2005 erhebliche Mittel bereitgestellt. Zudem müssen neue Anreiz- und Rechenschaftssysteme ebenso ausgearbeitet werden, wie Funktionsbeschreibungen für jede einzelne Position in der Verwaltung. Arbeitsverträge, Besoldungsgruppen, Qualifizierungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien für neue Bewerber werden formuliert. Mit einiger Verzögerung hat am 7. Juli 2004 die Duma das Gesetz

„Über den öffentlichen Dienst der Russischen Föderation“ in dritter Lesung angenommen. Zusammen mit dem Rahmengesetz „Über das System des Staatsdienstes in der Russischen Föderation“, das bereits im Frühjahr letzten Jahres angenommen wurde, regelt das neue Gesetz die Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten, Arbeitsbedingungen, Dienstgrade, Karrieremöglichkeiten, Einstiegsvoraussetzungen, Bewerbungsverfahren und Besoldungsgruppen der Beamten. Für den Aufbau und die Pflege einer Kaderreserve soll eine speziell dafür einzurichtende Institution Sorge tragen. Außerdem wird das Prinzip des Interessenskonfliktes in das neue Regelwerk eingeführt. Danach dürfen Beamte nicht mehr gleichzeitig kommerzielle Tätigkeiten ausüben, die sie möglicherweise zu den Aufgaben ihres Amtes in Widerspruch bringen würde

Die Implementierung dieses Gesetzes ist jedoch weitaus schwieriger, als der Gesetzestext vermuten lässt. Widersprüche zum Arbeitsrecht sind zu erkennen. Nachgeordnete Rechtsgrundlagen, zum Beispiel für die Einführung von Indikatoren, die die Arbeitsleistung messen sollen, Standards für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und für die vertikalen und horizontale Mobilität von Beamten sind nicht formuliert. Das am 3. August 2004 verabschiedete Gesetz zur Reform der Sozialleistungen, das eine Monetisierung der Leistungen vorsieht, trifft momentan noch nicht für Beamte zu. Im Jahr 2005 muss jedoch auch hier eine Anpassung vorgenommen werden – ein Anreizsystem für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, das Privilegien ebenfalls vorsieht, wird gegenwärtig ausgearbeitet.

### Die Reform des Staatshaushalts

Die erfolgreiche Reform von Verwaltung und öffentlichem Dienst hängt eng mit der Reform des Staatshaushalts zusammen. Das neue Budgetsystem – eine mittelfristige ergebnisorientierte Finanzplanung – sieht vor, Staatsgelder auf der Basis von Ergebnissen zu verteilen. Ministerien, Dienste und Agenturen werden zukünftig verpflichtet, ihre strategischen Ziele und daraus abgeleiteten Aufgaben zu formulieren, die in Programme umgesetzt werden. Zu diesem Zweck werden nun, unter anderem, Indikatoren entwickelt, die die erzielten Ergebnisse der staatlichen Institutionen messen, und mit dem Plan vergleichbar machen können. Ein allgemeines System von Zielen, Aufgaben und Indikatoren wurde von der Regierung am 12. August 2004 angenommen. Der konkrete Inhalt wird nun überprüft und im Herbst endgültig fixiert. (Siehe Tabelle „Zielvorgaben der russischen Politik“ auf Seite 5)

### Auf dem Weg zu einem effizienten Staat?

Die russische Regierung hat sich bei der Lösung all dieser technischen Fragen einen engen Zeitrahmen gesetzt. Bis zum Ende des Jahres 2004, so ist geplant, sollen die wesentlichen nachfolgenden Gesetze, Verordnungen, und Regulierungen formuliert und im nächsten Jahr angenommen und eingeführt sein. Diese Aufgabe wird jedoch dadurch erschwert, dass viele der strategischen Zielsetzungen und Prioritäten der einzelnen Institutionen noch nicht festliegen. Funktionen, die bislang noch auf föderaler Ebene ausgefüllt wurden, müssen dahingehend überprüft werden, ob sie nichtstaatlichen Organisationen übertragen werden, privatisiert, untergeordneten Ebenen wie Regionen oder Munizipalitäten

überantwortet oder schlichtweg eliminiert werden können. Zu guter Letzt sollten diese Reformvorhaben, um wirklich erfolgreich zu sein, mit den entsprechenden Budgetmitteln ausgestattet werden. Nach Schätzungen der Weltbank wird es pro Jahr etwa 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beanspruchen, um adäquate Fortbildungsmaßnahmen, die entsprechenden Gehaltserhöhungen und die IT-Ausstattung zu finanzieren. Es bleibt abzuwarten, ob und wie schnell sich die Reformen auf die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Wirtschaft auf der einen Seite und Staat auf der anderen Seite auswirken werden.

*Redaktion: Hans-Henning Schröder*

#### Über die Autorin

Dr. Stefanie Harter ist Project Officer bei der Delegation der Europäischen Kommission in Russland.

Der Artikel drückt die persönlichen Ansichten der Autorin aus und gibt nicht den offiziellen Standpunkt der Europäischen Kommission wieder.

#### Literaturtipps:

Russian Economic Report, June 2004, No.8, Worldbank <[www.worldbank.org.ru](http://www.worldbank.org.ru)>  
[www.rg.ru/plus/admreforma](http://www.rg.ru/plus/admreforma) (russisch)

## Tabellen und Grafiken zum Text

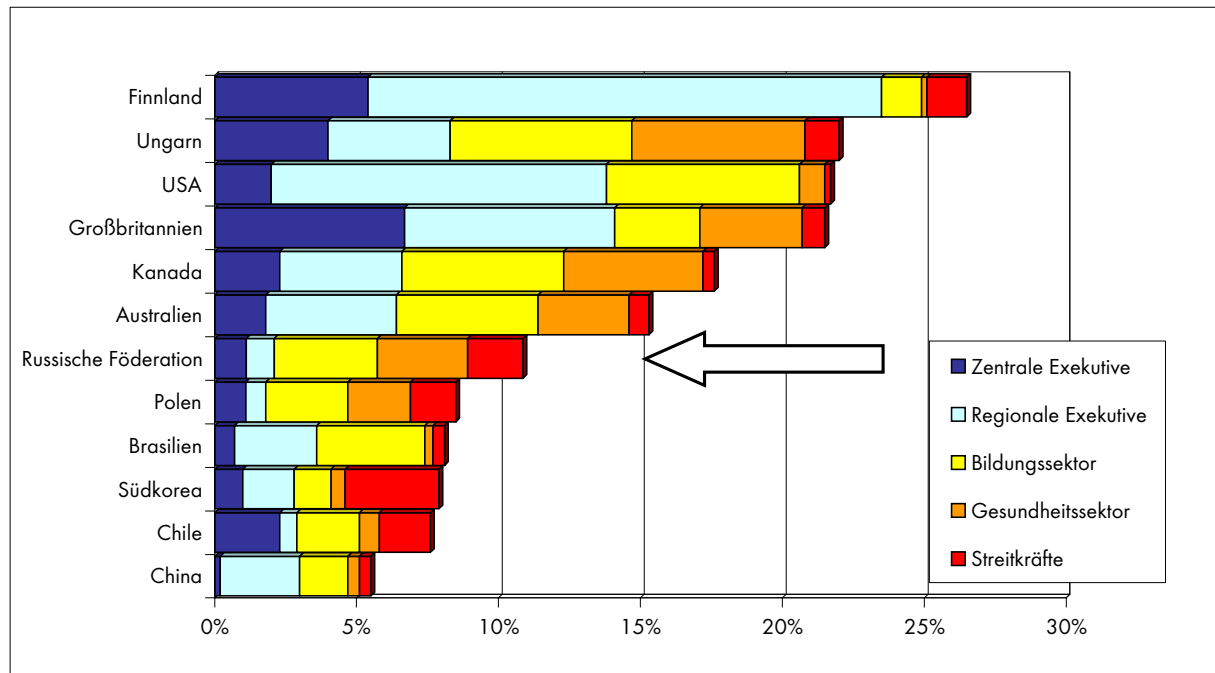
### Zielvorgaben der russischen Politik, August 2004

Im Rahmen der auf Outputorientierung ausgerichteten Reformen legten die russischen Ministerien im August 2004 Kennziffern vor, an denen ihre Leistung in Zukunft gemessen werden soll.						
Kennziffern	2003	2004	2005	2006	Ziel	Jahr*
<b>Hebung der Lebensqualität</b>						
Bevölkerungsanteil mit einem Geldeinkommen unter dem Existenzminimum, in %	20,4%	17,5%	14,5%	12,0%	10,0%	2007
Arbeitslose, in % zur wirtschaftlich aktiven Bevölkerung	7,9%	8,0%	7,5%	7,0%	6,0%	2011
Lebenserwartung bei Geburt, Jahre	64,9	65,3	65,5	66,5	70,0	2018
<b>Garantie eines schnellen Wirtschaftswachstums</b>						
Bruttoinlandsprodukt, in % zum Jahr 2000	118%	126%	133%	141%	200%	2012
Inflationsniveau (Dezember-Dezember), in %	112%	110%	109%	107,5%	103%	2011
Industrieproduktion, in % zum Jahr 2000	116%	125%	135%	145%	220%	2012
Arbeitsproduktivität, in % zum Jahr 2000	114%	122%	128%	136%	300%	2020
Investitionen ins Grundkapital, in % zum Jahr 2000	127%	140%	154%	170%	350%	2014
Kapitalimport, Mrd. US\$	6,2	13,5	12,6	14,6	20,0	2010
<b>Schaffung einer Basis für kommende Entwicklungen</b>						
Ausgaben für Forschung und Entwicklung, in % des BIP	1,30%	1,44%	1,57%	1,69%	2,00%	2008
Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International	2,7	-	-	-	6,0	

\*Jahr, in dem das Ziel erreicht wird

Quelle: *Vedomosti*, 6.8.2004, S. 1.

## Staatsbeschäftigte als Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Ein internationaler Vergleich



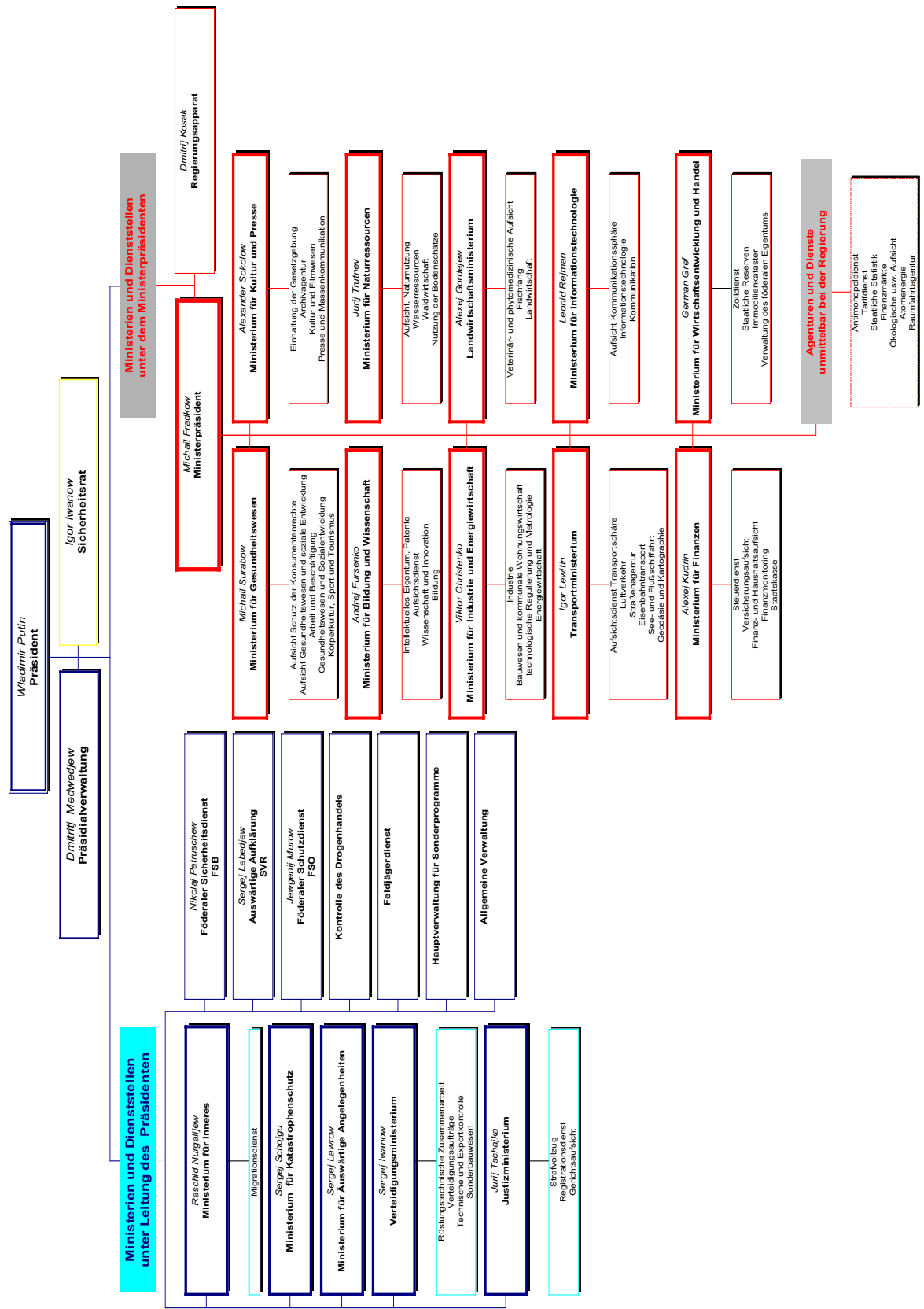
	Zentrale Exekutive	Regionale Exekutive	Bildungssektor	Gesundheitssektor	Streitkräfte	Zusammen
China	0,2%	2,8%	1,7%	0,4%	0,4%	5,5%
Chile	2,3%	0,6%	2,2%	0,7%	1,8%	7,6%
Südkorea	1,0%	1,8%	1,3%	0,5%	3,3%	7,9%
Brasilien	0,7%	2,9%	3,8%	0,3%	0,4%	8,1%
Polen	1,1%	0,7%	2,9%	2,2%	1,6%	8,5%
Russische Föderation	1,1%	1,0%	3,6%	3,2%	1,9%	10,9%
Australien	1,8%	4,6%	5,0%	3,2%	0,7%	15,3%
Kanada	2,3%	4,3%	5,7%	4,9%	0,4%	17,6%
Großbritannien	6,7%	7,4%	3,0%	3,6%	0,8%	21,5%
USA	2,0%	11,8%	6,8%	0,9%	0,2%	21,7%
Ungarn	4,0%	4,3%	6,4%	6,1%	1,2%	22,0%
Finnland	5,4%	18,1%	1,4%	0,2%	1,4%	26,5%

Quelle: Staatliche Beschäftigendaten aus der Datenbank der Weltbank für die Mitte der neunziger Jahre (ohne Staatsbetriebe). Daten zur Gesamtbeschäftigung stammen aus der Statistik des Internationalen Währungsfundes und beziehen sich auf Ende der neunziger Jahre. Polizei ist ausgeschlossen. Die Angaben für die Russische Föderation beziehen sich auf das Jahr 1998 und stammen von der russischen Statistikbehörde und Schätzungen von Weltbankmitarbeitern.

Anmerkung: Zentrale und regionale Exekutive schließen Mitarbeiter des Bildungs- und Gesundheitssektors nicht ein. Die Unterscheidung zwischen Zentrum und Regionen orientiert sich an der Haushaltsordnung, nicht an der geographischen Lage.

Anmerkung der Autorin: Ländervergleiche im Bereich des öffentlichen Dienstes sollten mit äußerster Vorsicht betrachtet werden. Numerische Vergleiche werden sowohl durch unterschiedliche Funktionen des Staates als auch durch unterschiedliche Kategorisierung der Daten kompliziert. Die Interpretation russischer Daten wird durch die Klassifikationen der Staatsangestellten zusätzlich erschwert.

# Der Aufbau der föderalen Exekutive im Sommer 2004



## Kommentar

### Nordkaukasus: Keine politische Lösung

Hans-Henning Schröder, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

„Wir werden die Terroristen überall verfolgen. Und wenn wir sie in der Toilette fassen, dann ertränken wir sie im Abort.“ (ITAR-TASS am 24.9.1999). Mit diesen derben Worten kommentierte Ministerpräsident Putin im September 1999 auf einer Pressekonferenz in Kasachstan Luftangriffe auf Ziele in Tschetschenien – die russische Reaktion auf drei Bombenanschläge auf Wohnhäuser in Moskau und Wolgo-Donk. Wenige Tage später marschierten russische Streitkräfte in die Kaukasus-Republik ein und begannen einen Krieg, der jetzt schon fünf Jahren andauert und immer neue Opfer fordert – zuletzt Hunderte von Menschen in Beslan (Nordossetien), darunter über 150 Kinder.

Im offiziellen russischen Sprachgebrauch ist der Krieg allerdings kein Krieg, sondern eine „antiterroristische Aktion“. Eine Aktion, die – folgt man Erklärungen der russischen Führung – seit dem Jahr 2000 erfolgreich beendet ist. Dass diese Aussage eine grobe Selbsttäuschung ist, zeigen die Vorgänge des Sommers 2004. Am 22. Juni griffen ca. 200 Guerillakämpfer Ortschaften in Inguschetien an und töteten 98 Personen, darunter den inguschetischen Innenminister und seinen Stellvertreter. Am 21. August drangen ca. 100 Freischärler in die tschetschenische Hauptstadt Grosny ein und überfielen Polizeiposten und Wahllokale. 42 Personen wurden getötet. Am 25. August brachten Selbstmordattentäterinnen zwei in Moskau-Domodowowo gestartete Passagiermaschinen zum Absturz. Alle 89 Insassen kamen ums Leben. Sechs Tage später, am 31. August, brachte eine weitere Selbstmordattentäterin in Moskau vor der Metrostation Rigaer Bahnhof eine Bombe zur Explosion und tötete 10 Personen. Und am nächsten Morgen besetzten 32 Guerillakämpfer eine Schule in Beslan und nahmen Kinder, Lehrer und Eltern als Geiseln, insgesamt über 1.200 Menschen, von denen in der Folge mehr als ein Drittel getötet wurde.

Die Informationen über die Geiselnahme in Beslan sind noch zu unklar und zu widersprüchlich, um das Verhalten der Geiselnahmer, der Sicherheitskräfte und der russischen Politik zu bewerten. Doch vor dem Hintergrund der Anschläge der letzten dreieinhalb Monate lassen sich zwei grundsätzliche Feststellungen treffen:

- Die tschetschenische Guerilla, wie immer sie politisch und militärisch gegliedert ist, verfügt offenbar über genügend Ressourcen, um in rascher Folge einen Angriff auf die Sicherheitskräfte in Inguschetien, zwei Attentate in Moskau (Domodedowo und Rigaer Bahnhof), einen wirksamen Angriff auf Po-

lizestationen und Wahllokale in Grosny sowie eine Massengeiselnahme in Nordossetien organisieren zu können. Der tschetschenische Widerstand ist nicht gebrochen, er weitet sich aus und hat bereits Teile der Region Nordkaukasus erfasst.

- Offensichtlich ist es den russischen Sicherheitsorganen – dem Inlandsgeheimdienst, den Organen des Innenministeriums, der militärischen Aufklärung, der Auslandsaufklärung, den örtlichen Polizeikräften in Dagestan, Nordossetien und Inguschetien und den tschetschenischen Antiguerillakräften – nicht gelungen, die Guerilla zu infiltrieren, so dass großangelegte Operationen im Vorfeld erkannt und unterbunden werden können. Auch die Logistik der Widerstandskämpfer ist nicht wirksam unterbrochen worden.

Die Tschetschenien-Politik der Putin-Administration, die die Anwendung militärischer Gewalt mit der Stabilisierung der Region und dem Aufbau ziviler Verwaltungsstrukturen verbinden will, hat also nicht zum Erfolg geführt. Die gesamte Region Nordkaukasus ist in Unruhe geraten. Die russischen Bürger sind nicht wirksam vor Anschlägen geschützt.

Die Administration muss in dieser Situation handeln. Allerdings sind ihre Optionen begrenzt. Eine politische Lösung der Nordkaukasuskonflikts zeichnet sich nicht ab. Selbst wenn die Putinsche Regierung sich bereit finden würde, eine politische Lösung zu suchen – was der Präsident jetzt noch einmal abgelehnt hat –, fehlen auf der anderen Seite Verhandlungspartner. Und selbst wenn es zu Verhandlungen käme, ist kaum vorstellbar, wie nach einem Waffenstillstand die russlandtreuen Kräfte in Tschetschenien nach all dem, was geschehen ist, mit den Gruppierungen aus dem Widerstand gemeinsam einen friedlichen Staat aufbauen können. Sie werden durch die Erfahrung eines fünfjährigen brutalen Krieges und durch gegensätzliche Vorstellungen über Religion und politische Organisation getrennt. Es ist auch schwer vorstellbar, dass sich das Verhältnis mit den Nachbarregionen friedlich gestaltet, die durch interethnische Spannungen, durch Geiselnahmen und bewaffnete Zusammenstöße belastet sind. Insofern ist eine politische Lösung in weiter Ferne.

Die Putinsche Führung fasst diese Option aber gar nicht ins Auge. Sie setzt weiterhin auf die militärische Vernichtung des Gegners. Doch dieser Kurs hat in den letzten fünf Jahren nicht zum Erfolg geführt. Militär, Geheimdienst und Polizeikräfte waren bisher



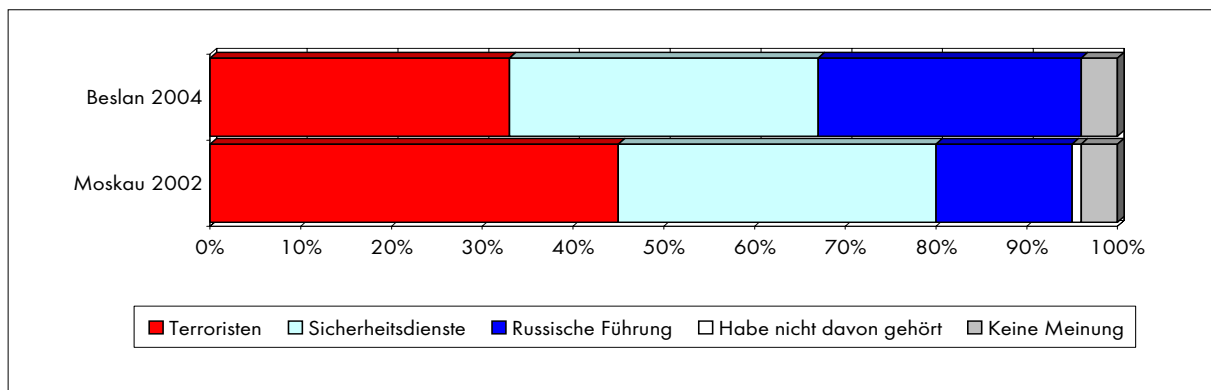
der Aufgabe nicht gewachsen. Der Präsident will nun die militärischen, geheimdienstlichen und polizeilichen Maßnahmen effizienter gestalten und die Gesellschaft wenigstens moralisch für den Krieg mobilisieren. Wohin dies führen wird, ist voraussehen: Die Spannungen in der gesamten Nordkaukasusregion werden sich verschärfen und die Entfremdung zwischen russischer Zentralmacht und Bevölkerung in der Region wird zunehmen. Das ist ein Nährboden für weitere Terror-

anschläge, gegen die es keinen wirksamen Schutz gibt. Regierungsstellung und militärische Einrichtungen kann man sichern, Schulen, Krankenhäuser, Theater, öffentliche Verkehrsmittel nicht. Dagegen wird auch die Einschränkung demokratischer Freiheiten und der Ausbau des Polizeistaates nichts bewirken. Das sind keine guten Aussichten für Russland.

### Umfrage

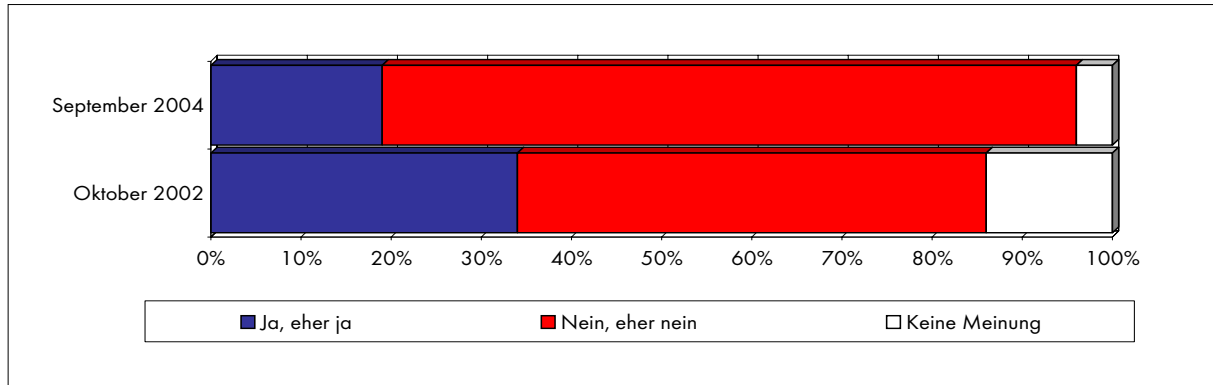
## Die öffentliche Meinung in Moskau zu den Geiselaaffären in Beslan 2004 und im Moskauer Musical-Theater 2002 im Vergleich

Wer ist verantwortlich?



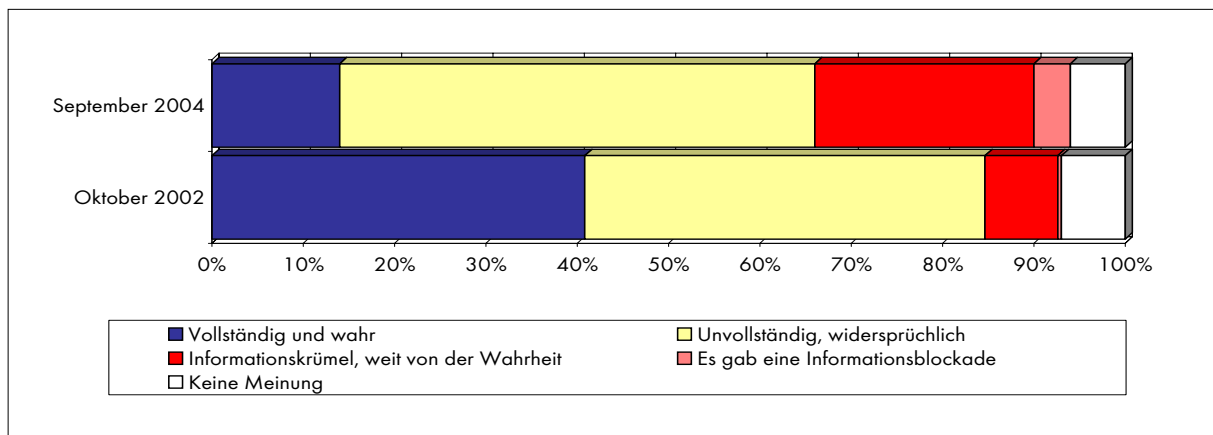
	Diese Woche haben tschetschenische Terroristen Hunderte von Geiseln in einem Moskauer Theater genommen. Wer ist Ihrer Meinung dafür verantwortlich?	Diese Woche haben Terroristen mehr als Tausend Geiseln in der Stadt Beslan genommen. Wer ist Ihrer Meinung dafür verantwortlich?
	Allrussische Umfrage (1.600 Personen), 26.–28. Oktober 2002	Moskauer Umfrage (500 Personen), 7.–8. September 2004
Guerillakämpfer, Terroristen, die keine Rücksicht auf Menschenleben nehmen	45%	33%
Sicherheitsdienste und FSB, die nicht in der Lage sind, die Bürger zu schützen	35%	34%
Die russische Führung, die den Krieg in Tschetschenien fortsetzt	15%	29%
Habe nicht davon gehört	1%	0%
Keine Meinung	4%	4%

Glauben Sie, dass die russische Führung und die Sicherheitskräfte jetzt die Sicherheit der Bürger Russlands garantieren und künftige Attentate verhindern können?



	Moskauer Umfrage (500 Personen), 30.–31. Oktober 2002	Moskauer Umfrage (500 Personen), 7.–8. September 2004
Ja, eher ja	34%	19%
Nein, eher nein	52%	77%
Keine Meinung	14%	4%
	100%	100%

Was denken Sie, wie wahr und wie vollständig waren die offiziellen Aussagen in diesen Tagen?



	Moskauer Umfrage (500 Personen), 30.–31. Oktober 2002	Moskauer Umfrage (500 Personen), 7.–8. September 2004
Vollständig und wahr	41%	14%
Unvollständig, widersprüchlich	44%	52%
Informationskrümel, weit von der Wahrheit	8%	24%
Es gab eine Informationsblockade	0%	4%
Keine Meinung	7%	6%
	100%	100%

Quelle für die Tabellen und Grafiken auf den Seiten 9–10: <http://www.levada.ru./press/2004090901.html>

**Chronik**

## Die Geiselnahme in Beslan, 1.–3. September 2004

(Zusammengestellt nach Berichten in der russischen Presse)

<b>Mittwoch, 1. September 2004</b>	
08:00	Wie in ganz Russland wird auch im nordossetischen Beslan mit dem „Tag des Wissens“ festlich der Beginn des neuen Schuljahres begangen. Ungefähr 400 Schüler mit ihren Geschwistern, Eltern und Großeltern sammeln sich im Hof der Schule.
09:20	Als eine Gruppe maskierter Menschen auf den Hof stürmt, halten dies viele für einen Scherz zu Beginn des Schuljahres. Mit Schüssen in die Luft werden die Schulbesucher in das Gebäude getrieben. In einem Schusswechsel mit zwei Milizionären (d.h., Polizisten), die die Schule bewachen, werden ein Geiselnahmer, die Milizionäre und einige Zivilisten getötet. In der Verwirrung gelingt es einer Gruppe von ca. 50 Personen aus der Schule zu entkommen. In der Schule werden die Geiseln auf verschiedene Räume aufgeteilt, der größte Teil wird in die Turnhalle getrieben. Im Lauf des Vormittags erschließen die Geiselnahmer 20 erwachsene männliche Geiseln und werfen ihre Leichen auf den Schulhof.
10:00	In Beslan wird ein Einsatzstab gebildet, über Mobiltelefone gelangen erste Informationen nach draußen.
10:50	Rund um die Schule wird ein Ring aus Einheiten der Truppen des Innenministeriums, der Miliz (Polizei) und von OMON (Spezialeinheiten der Miliz) gebildet. Es wird bekannt, dass die Geiselnahmer die Schule vermint haben.
11:00	Eine Frau wird freigelassen. In einem Brief der Geiselnahmer werden Gespräche mit dem Präsidenten von Nordossetien, Alexander Dzasochov, dem Präsidenten von Inguschetien, Murat Sjasikow und dem Moskauer Kinderarzt Leonid Roschal gefordert. Außerdem fordern sie die Freilassung von Männern, die bei dem Angriff tschetschenischer Kämpfer auf Inguschetien am 22. Juni gefangen genommen wurden. Durch die Fenster der Turnhalle sind Kinder zu sehen.
11:07	Wladimir Putin bricht seinen Urlaub in Sotschi ab und fliegt nach Moskau.
11:10	Das Katastrophenschutzministerium veröffentlicht die Zahl von 200 bis 400 Geiseln und 15 bis 25 Terroristen.
11:30	Laut Miliz wird gedroht, für jeden getöteten Geiselnahmer 50 Kinder zu töten.
12:30	Einer Gruppe von Schülern und Erwachsenen, die sich im Heizungskeller versteckt hatten, gelingt die Flucht aus der Schule.
12:45	Aus der Schule wird aus automatischen Waffen und Panzerfäusten auf Personen geschossen, die sich dem Gebäude nähern. Der Präsident Inguschetiens nimmt den Kontakt mit den Geiselnahmern auf.
12:47	Am Moskauer Flughafen hält Wladimir Putin eine Krisensitzung mit den Vertretern der Sicherheitskräfte ab.
13:20	Die Geiselnahmer fordern den Abzug aller russischen Truppen aus Tschetschenien.
14:47	Nach Informationen der „Rossijskaja Gazeta“ treffen in Beslan der russische Innenminister Raschid Nurgalijew und der Direktor des FSB Nikolaj Patruschew an. <i>[Diese Angabe wird von anderen Quellen nicht bestätigt]</i>
15:50	Ein Nachbarhaus fängt nach Beschuss der Geiselnahmer Feuer.
16:10	In der Schule kommt es zu einer Explosion.
17:05	Der Innenminister von Nordossetien, Kasbek Dsantijew versucht zu vermitteln. Er geht auf den Hof der Schule, wird aber ignoriert. Später berichtet er, dass es wohl nicht 150 Geiseln, wohl aber weniger als 300 in dem Gebäude seien.
20:15	Leonid Roschal landet in Beslan. Zwar kann er Kontakt zu den Terroristen herstellen, doch die Erlaubnis zu erhalten, die Gefangenen mit Wasser und Essen zu versorgen, gelingt ihm nicht.
22:15	Der Operationsstab richtet einen „heißen Draht“ ein.
<b>Donnerstag, 2. September 2004</b>	
01:30	L. Roschal hält bis 3.00 Uhr Kontakt mit den Geiselnahmern. Sie berichten, dass es allen Kindern gut geht. Danach bricht die Verbindung ab. Der UNO-Sicherheitsrat in New York fordert die sofortige Freilassung aller Geiseln.
07:45	Neue Angaben über die Zahl der Geiseln liegen vor. Nun heißt es, es seien ungefähr 354.

10:15	Präsident Putin sagt seinen Türkeiibesuch ab.
14:06	In seinem ersten Fernsehauftritt seit Beginn der Geiselnahme bezeichnet Putin die Rettung der Geiseln als erste Priorität. Für ihn sind die Ereignisse in Beslan ein Angriff auf „Russland als Ganzes“.
15:00	Die Geiselnnehmer feuern mit einer Panzerfaust auf Pkws, die in der Nähe der Schule parken. Einer gerät in Brand.
15:30– 16:30	Ruslan Auschew, der ehemalige Präsidenten von Inguschetien, betritt die Schule und verhandelt mit den Geiselnnehmern.
16:49	Auf Bitten von Auschew werden drei Frauen mit Säuglingen freigelassen.
17:22	Erneut kommen 15 Kinder und 11 Frauen frei. Sie berichten, dass die Geiselnnehmer am ersten Tag ruhig reagierten und keine Aggressivität in den Beziehungen zu den Geiseln spürbar war. Zum Ende des zweiten Tages allerdings hätten sie in die Decke geschossen und geschrien. Die Kinder seien verängstigt und weinten, was die Terroristen wieder zu neuen Wutausbrüchen veranlasse. Zur Bewachung der Geiseln waren danach immer zwei bis drei Männer in der Turnhalle. Die Übrigen, von den Freigelassenen auf 16 bis 40 beziffert, hätten sich in anderen Räumen aufgehalten. Unter den Geiselnnehmern sollen sich auch zwei Frauen befinden. Die freigelassenen Geiseln berichten auch, dass sich vermutlich mehr als 1.000 Menschen in der Hand der Terroristen befinden.
20:52	L. Roschal hält den Kontakt mit den Geiselnnehmer und versucht sie zu überreden, Medikamente, Nahrungsmittel und Wasser und die Schule zu lassen. Sie lehnen dies ab.  Währenddessen beginnen die Angehörigen, die sich 100 bis 300 Meter von der Schule entfernt aufhalten, zum ersten Mal ihrer Angst und ihrem Ärger Luft zu machen, da die Verantwortlichen sie weitgehend allein lassen. Nur zweimal wurden sie von Lew Dsugajew, dem Sprecher des nordossetischen Präsidenten, über die Lage informiert, alles andere erfuhren sie aus einem Fernseher, der im nahegelegenen „Kulturhaus“ aufgestellt ist.
22:00	Mittlerweile versammeln sich bewaffnete Zivilisten in der Nähe des „Kulturhaus“ versammelt. Teile von ihnen tragen weiße Armbinden, um „sich gegenseitig zu erkennen“, wenn das Gebäude gestürmt werden sollte.
23:00	In der Umgebung der Schule werden mehr und mehr bewaffnete Kräfte zusammengezogen. Vor Ort sind jetzt Einheiten der 58. Armee, die im Nordkaukasus stationiert ist, lokale Miliz, Mitarbeiter des FSB sowie Teile der Sondereinsatzkräfte des FSB „Alfa“ und „Wypel“. In den umliegenden Straßen sind drei gepanzerte Fahrzeuge zu sehen.
<b>Freitag, 3. September</b>	
Zwischen 1:00 und 06:30	Aus der Schule wird mit Panzerfäusten und automatischen Waffen auf die Sicherheitskräfte geschossen.
07:30	Nachdem der Kontakt zu den Terroristen nach 00:30 abgebrochen war, wird ihnen nun erneut Wasser und Nahrung angeboten. Sie lehnen ab.
09:20	Die abgesperrte Zone um die Schule wird ausgeweitet – Angehörige und Journalisten sind nun rund 100 Meter entfernt.
11:00	Im „Kulturhaus“ erklärt der nordossetische Präsident Dzasochov, dass es keinen Sturm auf die Schule geben werde.
12:46	Mit den Geiselnnehmer wird ausgehandelt, die im Schulhof liegenden Leichen zu entfernen. Lew Dsugajew erklärt, dass es wohl mehr Geiseln und auch mehr Tote als bisher angenommen gibt. Genaue Zahlen werden aber nicht genannt.
12:55	Ein Wagen des Katastrophenschutzministeriums fährt in den Schulhof, um ca. 15 Leichen abzuholen.
13:05	Es fallen Schüsse, die wahrscheinlich von bewaffneten Zivilisten abgefeuert werden. Aus der Schule sind innerhalb einer Minute zwei starke Detonationen zu hören. Nach Aussagen von Augenzeugen hat sich in der Turnhalle eine Mine von der Decke gelöst und ist explodiert. Eine andere Version lautet, dass die Leichen im Schulhof mit Sprengfallen präpariert waren. Nach einer dritten Version vermuten die Geiselnnehmer einen Angriff der Sicherheitskräfte, als sie von bewaffneten Zivilisten unter Feuer genommen werden.  Nach der zweiten Explosion stürzen Teile des Daches ein. Es kommt zu Schusswechseln.
13:12	Bis zu 80 Frauen und Kinder fliehen aus der Schule. Sie werden von hinten aus der Schule unter Feuer genommen. Die Sicherheitskräfte erwidern das Feuer und versuchen die fliehenden Geiseln in Sicherheit zu bringen.

13:19	In der Schule kommt es zu einer dritten Explosion. Die Intensität des Feuergefechts nimmt zu. Verletzte werden mit bereitstehenden Krankenwagen abtransportiert. Als diese nicht ausreichen, tragen Anwohner Verwundete zu Privatwagen und in ihre Häuser. Die Straßen sind mit Autos verstopft, die Befreite wegfahren wollen. Über der Schule kreisen vier Helikopter Mi-8.
13:30	Das Dach der Turnhalle stürzt ein. Neben den Einsatzkräften von FSB, Militär und Miliz befinden sich zahlreiche mit Kalaschnikows und Jagdgewehren bewaffnete Zivilisten im Objekt. Soldaten tragen Kinder aus der Schule. Es ist die Rede von vielen Toten.
13:38	Einige Geiselnnehmer versuchen zu fliehen und werden von Sicherheitskräften beschossen. Aus der Schule wird unkontrolliert geschossen.
13:50	Einheiten der Truppen des Innenministeriums und der OMON (Spezialeinheiten der Miliz) durchkämmen Straßen in der Nähe des Bahnhofs nach entflohenen Terroristen. Gerüchte machen die Runde, diese hätten sich verkleidet und würden nun mit Geiseln fliehen. Sondereinheiten dringen in das Schulgebäude ein.
13:55	Erneut eine Explosion in der Schule.
14:05	Um die Evakuierung der Geiseln zu ermöglichen, sprengen Sondereinsatzkräfte ein Loch in die Wand der Turnhalle.
14:10	Sondereinheiten dringen in die erste Etage der Schule vor, es sind Explosionen und starkes Feuer zu hören. Fünf Terroristen werden getötet.
14:23	Vertreter des regionalen Innenministeriums warnen vor verkleideten Terroristen. Nach offiziellen Angaben ist nun ein Großteil der Schule unter der Kontrolle von Sicherheitskräften.
14:40	Der Gefechtslärm in der Schule nimmt ab. Im Krankenhaus von Beslan befinden sich zu dem Zeitpunkt rund 200 Verletzte. Schwerverwundete werden nach Wladikawkas, der Hauptstadt Nordossetiens gebracht.
14:50	Der Gefechtslärm verlagert sich in Richtung Stadtzentrum und wird stärker.
15:00	In der Stadt kommt es zu Panikerscheinungen. Die Zufahrtsstraßen zum Krankenhaus werden von Privatwagen blockiert. Angehörige drängen in die Schule, um ihre Kinder zu suchen und herauszuholen. Das Gebäude der Stadtverwaltung wird evakuiert, da dort entkommene Geiselnnehmer vermutet werden. Verschiedene Personen werden von Zivilisten als mutmaßliche Terroristen festgehalten.
15:17	In der Schule kommt es erneut zu starken Explosionen, danach bricht Feuer aus. Kampfmittelbeseitiger der Sicherheitskräfte arbeiten daran, die Sprengsätze auf dem Gelände unschädlich zu machen.
16:20	Die Turnhalle ist völlig zerstört. Dort liegen zahlreiche Leichen. Die Sicherheitskräfte durchkämmen die Klassenräume. Die Geiselnnehmer haben sich aufgeteilt. 13 von ihnen sind in den Süden der Stadt geflüchtet und sind dort von Sicherheitskräften gestellt worden. Anderer haben sich unter die Bevölkerung gemischt. Fünf (nach anderen Angaben drei), darunter der Anführer, haben sich in der Schule festgesetzt. In der Stadt wird ein Mann von Einwohnern erschossen, die ihn fälschlich für einen Terroristen halten.
18:00	Sondereinheiten beschießen mit Panzerfäusten einen Flügel der Schule, in dem sich zwei Geiselnnehmer zur Verteidigung eingerichtet haben.
20:00	Spezialeinheiten des FSB suchen die ganze Nacht nach entkommenen Geiselnnehmern. Ein Haus, in dem sich angeblich einige von ihnen verschanzt haben, wird durch Panzer beschossen.

Nach offiziellen Angaben werden im Verlauf der Geiselnahme und der Befreiungsaktion 326 Personen getötet, davon 156 Kinder. 727 Personen werden verletzt. Die Verluste der Sondereinsatzkräfte betragen 10 Tote und 10 Verletzte. Die Zahl der Geiselnnehmer wird mit 32 angegeben. Bis auf einen werden alle getötet. Der überlebende Geiselnnehmer wird festgenommen.

*Zusammengestellt von Jan Brüning, Bremen*

## Dokumentation

### Fernsehansprache von Wladimir Putin, 4. September 2004, 18 Uhr Moskauer Zeit

„Es ist schwer zu sprechen. Und bitter. In den vergangenen Tagen hat ein jeder von uns tief gelitten und das, was in der russischen Stadt Beslan geschah durch sein Herz gelassen. Dort hatten wir es nicht einfach nur mit Mördern zu tun, sondern mit denen, die ihre Waffen gegen schutzlose Kinder richteten.

Ich jetzt wende ich mich vor allem anderen mit Worten der Unterstützung und des Beileids an die Menschen, die das Wertvollste im Leben verloren haben – ihre Kinder, ihre Familienangehörigen und Nächsten.

Ich bitte darum, allen zu gedenken, die in den letzten Tagen von der Hand der Terroristen umgekommen sind.

In der Geschichte Russlands gab es nicht wenige tragische Seiten und schwere Heimsuchungen. Heute leben wir unter Bedingungen, die nach dem Zerfall eines riesigen, eines großen Staates entstanden sind. Eines Staates, der sich unter den Bedingungen einer sich schnell wandelnden Welt, leider, als nicht lebensfähig erwiesen hat.

Aber, ungeachtet aller Schwierigkeiten, ist es uns gelungen, den Kern dieses Giganten, der Sowjetunion, zu erhalten. Und wir nannten unser neues Land Russische Föderation.

Wir alle erwarteten Veränderungen. Veränderungen zum Besseren.

Aber es stellte sich heraus, dass wir auf vieles, das sich in unserem Leben änderte, nicht vorbereitet waren. Warum?

Wir leben in den Bedingungen einer Transformationsökonomie und einem politischen System, das nicht dem Zustand und Niveau der gesellschaftlichen Entwicklung entspricht.

Wir leben unter den Bedingungen von sich verschärfenden inneren Konflikten und innerethnischen Widersprüchen, die früher grausam durch die herrschende Staatsideologie unterdrückt wurden.

Wir haben aufgehört, den Fragen der Verteidigung und Sicherheit die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und haben der Korruption erlaubt, die Justiz- und die Polizeibehörden zu infizieren.

Darüber hinaus, sah sich unser Land, dass einst das weltweit mächtigsten System zum Schutze seiner Außengrenzen hatte, von einer Stunde auf die andere sowohl von Westen wie auch von Osten ohne Schutz.

Zur Schaffung neuer, zeitgemäßer und wirklich ge-

schützter Grenzen braucht es viele Jahre und Milliarden von Rubel.

Aber auch dabei hätten wir effektiver sein können, wenn wir rechtzeitig und professionell gehandelt hätten.

Alles in allem muss man eingestehen, dass wir kein Verständnis für die Komplexität und Gefährlichkeit der Prozesse gezeigt haben, die in unserem eigenen Land und in der Welt vor sich gehen.

Jedenfalls haben wir es nicht geschafft, angemessen darauf zu reagieren. Wir haben Schwäche gezeigt.

Und die Schwachen schlägt man.

Manche wollen sich von uns ein fettes Stück abbeißen, andere helfen ihnen dabei. Sie helfen, weil sie davon ausgehen, dass Russland als eine der größten Atom-mächte immer noch für irgendjemanden eine Bedrohung darstellt. Deshalb müsse man diese Bedrohung beseitigen.

Und selbstverständlich stellt der Terrorismus nur ein Instrument dar, diese Ziele zu erreichen.

Wir hatten es, wie ich schon vielfach gesagt habe, oft mit Krisen, Aufständen und Terroranschlägen zu tun. Aber das, was jetzt geschehen ist, ist ein unmenschliches und in seiner Härte beispielloses Verbrechen der Terroristen. Das ist keine Herausforderung für den Präsidenten, das Parlament oder die Regierung. Das ist eine Herausforderung für ganz Russland. Für unser ganzes Volk.

Das ist ein Angriff auf unser Land.

\*\*\*\*\*

Die Terroristen glauben, dass sie stärker sind als wir. Dass sie uns mit ihrer Grausamkeit einschüchtern können, unseren Willen lähmen und unsere Gesellschaft spalten können. Und es scheint als hätten wir die Wahl, ihnen entgegenzutreten oder sich mit ihren Ansprüchen abfinden. Sich zu ergeben, zu erlauben, dass unser Land zerstört und Russland „aufgeteilt“ wird, in der Hoffnung, dass man uns am Ende in Ruhe lässt.

Als Präsident, als Oberhaupt des russischen Staates, als Mensch, der den Eid geleistet hat, das Land und seine territoriale Integrität zu schützen, und einfach als Bürger Russlands bin ich überzeugt, dass wir in Wirklichkeit einfach keine Wahl haben. Denn wenn wir es zulassen sollten, dass man uns erpresst und wir in Panik geraten, dann stürzen wir Millionen von Menschen in eine unendliche Reihe von blutigen Konflikten nach Art von Karabach, Pridnestrowien oder anderen gut

bekanntes Tragödien. Man darf das Offensichtliche nicht übersehen.

Wir haben es nicht einfach mit einzelnen Aktionen zur Einschüchterung und mit bössartigen Ausbrüchen von Terroristen zu tun. Wir haben es mit einer direkten Intervention des internationalen Terrors gegen Russland zu tun. Mit einem totalen, grausamen und umfassenden Krieg, der immer und immer wieder die Leben unserer Landsleute kostet.

Alle Erfahrungen auf der Welt zeigen, dass solche Kriege leider nicht schnell zu Ende gehen. Unter diesen Bedingungen können und dürfen wir einfach nicht so sorglos wie bisher weiter leben.

Wir sind verpflichtet, ein wesentlich effektiveres Sicherheitssystem zu schaffen und fordern von unseren Rechts- und Sicherheitsbehörden Taten, die Art und Ausmaß der neu auftretenden Bedrohungen angemessen sind.

Aber das Wichtigste ist die Mobilisierung der Gesellschaft angesichts der allgemeinen Gefahr. Die Ereignisse in anderen Ländern zeigen: Auf die effektivste Gegenwehr stoßen die Terroristen gerade dort, wo sie es nicht nur mit der Macht des Staates, sondern gleichzeitig mit einer organisierten, solidarischen Zivilgesellschaft zu tun haben.

Verehrte Landsleute,

diejenigen, die die Banditen zu diesem schrecklichen Verbrechen beauftragt haben, haben es sich zum Ziel gesetzt, unsere Völker gegeneinander aufzuhetzen, die Bürger Russlands einzuschüchtern und einen blutigen Bürgerkrieg im Nordkaukasus zu entfesseln.

In diesem Zusammenhang möchte ich folgendes sagen:

Erstens: In nächster Zeit wird ein Maßnahmenbündel vorbereitet, das auf die Stärkung der Einheit des Landes gerichtet ist.

Zweitens: Ich halte es für nötig, ein neues System zur Koordinierung der Kräfte und Mittel zu schaffen, die für die Kontrolle der Lage im Nordkaukasus zuständig sind.

Drittens: Es muss unbedingt ein effektives Antikrisen-Verwaltungssystem zu schaffen. Das schließt prinzipiell neue Ansätze bei der Arbeit der Justiz- und Sicherheitsbehörden mit ein.

Ich betone besonders: Alle diese Maßnahmen werden in voller Übereinstimmung mit der Verfassung unseres Landes durchgeführt werden.

Liebe Freunde,

wir durchleben diese schweren, traurigen Stunden gemeinsam. Ich möchte jetzt allen danken, die Zurückhaltung und zivile Verantwortung bewiesen haben.

Wir waren und werden immer stärker als sie sein – mit unserer Moral, unserem Mut und unserer menschlichen Solidarität. Ich habe dies erneut heute Nacht gesehen.

In Beslan, buchstäblich von Leid und Schmerz getränkt, haben die Menschen noch stärker als sonst füreinander gesorgt und sich gegenseitig unterstützt. Und sie haben sich nicht gescheut, ihr Leben für das Leben anderer zu riskieren.

Selbst unter den unmenschlichsten Bedingungen blieben sie Menschen.

Es ist unmöglich, sich mit dem Schmerz der Verluste abzufinden. Doch diese Prüfung hat uns einander noch näher gebracht und zwingt uns, vieles zu überdenken.

Heute müssen wir zusammenstehen. Nur so besiegen wir den Feind.“

Übersetzung: Jens Siegert, Moskau, 5.9.04

[http://www.boell.de/de/05\\_world/2845.html](http://www.boell.de/de/05_world/2845.html)

Russisch: [http://president.kremlin.ru/appears/2004/09/04/1752\\_type63374\\_76320.shtml](http://president.kremlin.ru/appears/2004/09/04/1752_type63374_76320.shtml)

Vgl. dazu auch die „Erklärung von Bürgern und Vertretern gesellschaftlicher Organisationen“ Website „Menschenrechte in Russland“ ([www.hro.org](http://www.hro.org)). Deutsch (in Übersetzung von Jens Siegert, Moskau, 7.9.2004): [http://www.boell.de/de/05\\_world/2844.html](http://www.boell.de/de/05_world/2844.html)

## Chronik

### Vom 1. bis zum 9. September 2004

1.9.2004	Um 9 Uhr besetzen etwa 30 Bewaffnete, darunter 2 Frauen, die Mittelschule Nr. 1 in Beslan (Nordossetien) und nehmen ca. 1.200 Schüler, Eltern und Lehrer als Geiseln, die dort zur Feier des ersten Schultags nach den Sommerferien versammelt sind. Nach dem Eindringen in die Schule erschießen die Geiselnnehmer 21 Personen und werfen die Leichen aus den Fenstern. Die Geiseln werden in der Turnhalle zusammengetrieben, die von den Geiselnnehmern vermint wird.
2.9.2004	Bei Anschlägen in der Nähe von Grosny werden zwei Angehörige der föderalen Truppen getötet und sieben verwundet.
2.9.2004	Andrej Babickij, der für Radio Free Europe immer wieder kritisch über Tschetschenien berichtet hat, und Anna Politkovskaja, die durch ihr Tschetschenienbuch bekannt geworden ist, werden daran gehindert, von Moskau nach Beslan zu fliegen. Babickij wird am Flughafen wegen „Hooliganismus“ festgenommen, Politkovskaja erkrankt an einer Lebensmittelvergiftung, nachdem sie im Flugzeug eine Tasse Tee getrunken hat.
3.9.2004	Sicherheitskräfte stürmen die Schule Nr. 1 in Beslan, nachdem im Gebäude Explosionen gehört werden. Der Einsatz wird durch bewaffnete Einwohner behindert, die ihrerseits in die Schule einzudringen versuchen. Bei den folgenden Explosionen und den Schießereien zwischen Geiselnnehmern und Sicherheitskräften werden mindestens 326 Zivilisten, 156 davon Kinder, und 10 Einsatzkräfte getötet. 727 Personen werden verletzt. 31 Geiselnnehmer werden getötet, einer wird festgenommen. Die Sondereinsatzkommandos des Inlandsgeheimdienstes FSB Alfa und Wypmel erleiden bei diesem Einsatz die höchsten Verluste in ihrer Geschichte: 20 Tote und 20 Verletzte.
4.9.2004	Putin trifft in Beslan ein, bespricht sich mit der Einsatzleitung und besucht einige Krankenhäuser.
4.9.2004	Fernsehansprache Putins zur Geiselnahme in Beslan. Der Präsident erklärt für den 6. und 7. September Staatstrauer.
4.9.2004	Außenminister Sergej Lawrow weist die Äußerungen des niederländischen Außenministers und EU-Ratspräsidenten, Bernard Bot, der von der russischen Seite mehr Information über die Geiselnahme in Beslan gefordert hat, als beleidigend zurück.
6.9.2004	Raf Schakirov, der Chefredakteur der Tageszeitung „Izvestija“ tritt zurück, nachdem die Besitzer der Zeitung die emotionale Berichterstattung über die Geiselnahme in Beslan kritisiert haben. Die „Izvestija“ gehört zur Holding von Oleg Potanin.
6.– 7.9.2004	Verschiedene Gruppen fordern eine öffentliche Untersuchung der Ereignisse in Beslan, u.a. der frühere Vorsitzende von „Heimat“, Sergej Glasjew und das „Komitee-2008: Freie Wahl“. Präsident Putin spricht sich indes am 6. September vor internationalen Journalisten für eine interne Untersuchung aus.
7.9.2004	In vielen Städten finden Demonstrationen gegen den Terrorismus statt. In Moskau demonstrieren ca. 130.000 in der Nähe des Kreml. Die Manifestationen werden von den Gewerkschaften und Regierungsstellen organisiert. In Wladikavkaz, der Hauptstadt von Nordossetien, fordern die Demonstranten den Rücktritt der Regionalregierung.
7.9.2004	Der NATO-Russland-Rat tritt auf Einladung des NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer zu einem Krisentreffen zusammen und erörtert gemeinsame Antiterrormaßnahmen.
7.9.2004	Putin sagt seinen Besuch beim „Petersburger Dialog“ ab, der am 10. und 11. September in Hamburg stattfindet.
8.9.2004	Alexander Dsasochow, der Präsident von Nordossetien, kündigt vor Demonstranten die Entlassung aller Leiter der Sicherheitsstrukturen Nordossetiens und deren Stellvertreter
8.9.2004	General Jurij Balujewskij, der russische Generalstabschef, empfängt General James Jones, den Oberbefehlshaber der NATO-Truppen. Nach dem Gespräch erklärt er vor der Presse, Russland behalt sich vor, auch außerhalb seiner Grenzen präventiv gegen Terroristen und Terrorstützpunkte vorzugehen.
8.9.2004	Der Inlandsgeheimdienst FSB bietet einen Betrag von bis zu 300 Mio. Rubeln (ca. 8,5 Mio. Euro) für Informationen, die zur „Neutralisierung“ des letzten regulär gewählten tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow und des Feldkommandanten Schamil Basajew führen, die beide im Untergrund leben.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de